



Pressemitteilung

Die Gemeinderatsfraktion der Freien Wähler informiert

Stand zur Silbergasse – Stellungnahme der Freien Wähler in der Gemeinderatssitzung vom 20. November 2024

Die Silbergasse ist in einem schlechten Zustand. Die Anwohner wurden zu den Erschließungskosten noch nicht herangezogen – außer Wasser und Abwasser. Nach Prüfung durch die Verwaltung wurde 1975 im Zuge der Kanalisation aber der Straßenausbau gemacht. Die Silbergasse ist somit juristisch erschlossen, so dass Anwohnerbeiträge nicht mehr erhoben werden können. Daher stimmen wir der Aufhebung des GR-Beschlusses zu.

Auch diese Straße müsste dennoch gemacht werden, wie die Anwohner seit Jahren wünschen. Die Gemeinde Wilhelmsfeld hat derzeit aber keine Finanzmittel, um einen notwendigen Ausbau zu finanzieren. Der Ausbau ist aber dringend nötig, der Zustand der Straße ist schlecht. Und nun kommen wir zu grundsätzlichen.

Daher möchten wir folgenden Vorschlag erheben (nicht nur Silbergasse):

Die Gemeinde Wilhelmsfeld hat keinen finanziellen Spielraum. Für die Bürger ist ein funktionierender Staat dann erlebbar, wenn die Straßen in einem einigermaßen guten Zustand sind, die Kinderbetreuung, die Nahversorgung, der ÖPNV etc. funktionieren.

Daher müssen wir uns anstrengen und unsere Hausaufgaben machen:

1. Marginale Gewerbesteuererinnahmen sind tw. hausgemacht. Hier wurde mit Wilhelmsfeld I reagiert. Neue Gewerbegebiete sind nicht möglich, da die Fläche nicht vorhanden ist.
2. Das neue Baulandmobilisierungsgesetz erlaubt Nachverdichtungen sowie Ausnahmen und Befreiungen in leichter Art. Es ist das Ziel, innen vor außen zu bauen, das heißt, da wo bereits erschlossen ist, soll unbedingt nachverdichtet werden.

Aber:

3. Die zusätzlichen Aufgaben, die Bund und Land den Kommunen in den letzten Jahren durch neue Gesetze aufgebürdet haben, sind: die Finanzierung des ÖPNVs (Unterschied bei der Finanzierung zwischen Bus und Schiene), ein Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung (Schule, Kiga, Kita), weitere Rechtsansprüche für Sozialleistungen auch für Geflüchtete, Kostenbeteiligung bei Schulsanierungen der Nachbargemeinden und neuerdings indirekt die

Verpflichtung der Finanzierung der Kreiskrankenhäuser über die Kreisumlage, die um 5 Punkte erhöht werden soll. Dieser Zuwachs an Ausgaben kann nicht kompensiert werden.

4. Wilhelmsfeld hat eine besondere Struktur. Viele Straßenzügen dürfen wir nicht stärker verdichten (Landschaftsschutz, FFH, sonstige Biotope).
5. Die Topographie macht Wasser und Abwasser teurer

Wir haben beantragt, dass der Gemeinderat beschließt:

1. Die Finanzsituation muss mit den Landtags- und Bundestagsabgeordneten diskutiert werden. Die Verwaltung wird beauftragt hierzu Termine zu vereinbaren, um auf diese Situation aufmerksam zu machen

Der Antrag wurde angenommen.